

Arbeitsmarktmotor Altbau

CO₂-GEBÄUDESANIERUNG Die Initiative geht auf den DGB zurück. Die energetische Modernisierung ist ein Erfolg auf ganzer Linie. Doch jetzt droht eine drastische Kürzung der öffentlichen Förderung.

Von **BARBARA UNDERBERG**, Journalistin in Bochum



DACHDECKERIN IN KÖLN BEI DER WÄRMEDÄMMUNG: 300 000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert

Der Höhepunkt war 2009 erreicht. 2,4 Milliarden Euro Fördermittel standen für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung. Der DGB zieht eine positive Zwischenbilanz: Damit wurden in Deutschland mehr als 600 000 Wohneinheiten saniert, knapp 300 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert und fast 1,5 Millionen Tonnen CO₂ gespart. Der DGB hat deshalb bei den schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen gefordert, diese Summe jedes Jahr zu investieren. Die neue Bundesregierung hat jedoch bereits für 2010 nur noch 1,1 Milliarden Euro im Haushalt vorgesehen. Das aktuelle Sparpaket von CDU und FDP streicht die Förderung der CO₂-Gebäudesanierung auf 400 Millionen Euro jährlich zusammen. Nur noch ein Sechstel soll übrigbleiben.

Dabei ist die Gebäudesanierung eine Erfolgsgeschichte – die der DGB wesentlich mit initiiert hat. „Mitte der 80er Jahre hatten wir ein Programm ‚Umweltschutz und qualitatives Wachstum‘ entwickelt. Damit hätte man 500 000 Arbeitsplätze schaffen können“, erzählt Werner Schneider, seit 1983 als Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand verantwortlich für Umweltpolitik. Die Stunde dieses Programms schlug 1998, als Bundeskanzler Schröder das Bündnis für Arbeit ins Leben rief.

Das Bündnis umfasste zunächst traditionelle Themen. „Wir haben vorgeschlagen, dort auch Umweltfragen einzubringen und mit dem Thema Arbeit zu verknüpfen“, so Schneider weiter. Aus dieser Initiative entstand das „Bündnis für Arbeit und Umwelt“, dessen Impulse in Sachen Umwelt auch nach dem Ende des Bündnisses 2002 bis heute weiterwirken.

BÜNDNIS FÜR ARBEIT UND UMWELT_ Schon 1999 legte der DGB ein Positionspapier vor – mit insgesamt 80 Vorschlägen zu allen umweltrelevanten Bereichen von Gewässerschutz über Luftreinhaltung bis zu ökologischen Finanzdienstleistungen. Das Interesse war riesig – 750 Teilnehmer kamen zu dem Kongress „Bündnis für Arbeit und Umwelt“ im Berliner Reichstag. Letztlich fanden zwei Vorschläge die Zustimmung aller Beteiligten im gleichnamigen Bündnis. Gewerkschaften, Wirtschaft, Politik und Umweltverbände rückten die energetische Gebäudesanierung ins Zentrum.

CO₂-Gebäudesanierung bedeutet, den Wärmeschutz von Dächern, Fenstern und Wänden zu verbessern, alte Heizkessel gegen effizientere auszutauschen und erneuerbare Energien wie Fotovoltaik und Solarthermie einzusetzen. Das Ziel war ehrgeizig: 300 000 Wohnungen sollten pro Jahr saniert werden. Das schafft und sichert 200 000 Arbeitsplätze und spart zwei Millionen Tonnen CO₂. Heizölrechnungen für Mieter und Hausbesitzer fallen geringer aus, der Staat wird um rund vier Milliarden Euro jährlich entlastet, weil die Ausgaben für Arbeitslosigkeit sinken und die Einnahmen von Steuern und Sozialversi-

cherungsbeiträgen steigen. Der geringere Energieverbrauch von Häusern und Wohnungen reduziert die Abhängigkeit von Erdölimporten, und eine große Nachfrage nach umweltfreundlicher Heiztechnik und Wärmedämmung fördert Innovationen auf diesem Gebiet und damit neue Marktchancen. „Die Hälfte der dadurch geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze betrifft das Baugewerbe“, erklärt Martin Mathes von der Abteilung Wirtschafts-, Bau- und Arbeitsmarktpolitik der IG BAU.

FÖRDERKRITERIEN GELTEN BIS HEUTE_ Bis Ende 2000 entwickelte das Bündnis für Arbeit und Umwelt die Kriterien, nach denen Immobilienbesitzer und Mieter eine finanzielle Förderung für Modernisierungsmaßnahmen erhalten können. DGB-Umweltexperte Schneider: „Am Anfang war das ein Suchprozess. Aber im Kern sind die Förderkriterien bis heute erhalten geblieben, die wir damals entwickelt haben – je mehr Energie eingespart wird, desto höher ist die Förderung.“ 2001 stellte die rot-grüne Bundesregierung eine Milliarde Euro über einen Zeitraum

„Die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme sind hoch effizient, da ein Förder-Euro ein Vielfaches an privatem Kapital zu Investitionszwecken mobilisiert.“

IG BAU UND BUND IN EINEM BRIEF AN DIE KANZLERIN

von fünf Jahren für die Gebäudesanierung zur Verfügung. In den Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD Ende 2005 setzte sich DGB-Chef Michael Sommer erfolgreich für eine deutliche Erhöhung der Förderung ein: Ab 2006 gab es pro Jahr 1,4 Milliarden Euro.

Von Beginn an lief die Förderung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). In den ersten Jahren gab es ausschließlich zinsgünstige Kredite. Werner Schneider berichtet aus der Startphase: „Am Anfang wollte das Geld keiner haben, es gab keine Nachfrage.“ Das lag zum einen daran, dass die Kredite nicht über die KfW direkt, ►

Die Energieexperten

Ab Herbst soll mitten im Ruhrgebiet eine energieeffiziente Musterstadt der Zukunft entstehen. Industrie, Wohnen, Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Verkehr – alles wird einbezogen.

Foto: Barbara Underberg



DIE FÜNF FINALISTEN: Wo liegt Innovation City?

Das Ruhrgebiet plant ein riesiges Umbauprojekt. Die Fünf-Millionen-Einwohner-Region mitten in Nordrhein-Westfalen, einst groß geworden durch die Kohle, setzt auf Zukunftsenergien. Es gibt noch drei Zechen in der Region, und auch deren Ende ist absehbar. Das Projekt „Innovation City Ruhr“ soll den Wandel nun weiter beschleunigen. Ein Stadtgebiet mit 50 000 Einwohnern wird in den nächsten zehn Jahren so erneuert und umgebaut, dass sein Energiebedarf um die Hälfte sinkt. Wohnhäuser und öffentliche Gebäude werden gedämmt und mit umweltfreundlichen Energien versorgt, die Verkehrssysteme energieeffizient entwickelt, grüne Unternehmen angesiedelt. Das bringt Aufträge für das Bauhandwerk vor Ort, Zulieferer können Arbeitsplätze sichern und neue Stellen schaffen, die Heiz- und Stromkosten der Bürger sinken.

Alle 53 Kommunen des Ruhrgebiets wurden zu einem Wettbewerb eingeladen, 16 haben mitgemacht. Nun stehen die fünf Finalisten fest: Bochum, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen gemeinsam mit Herten sowie Mülheim an der Ruhr. Im Herbst wird entschieden, welche Stadt den Zuschlag für den ökologischen Umbau bekommt. Die Idee zu dem Megaprojekt stammt vom Initiativkreis Ruhr, einem Zusammenschluss der großen Unternehmen in der Region. In

der Jury sitzen Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtplanung und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Verbraucherverbänden. Wenn im Oktober die Musterstadt ausgewählt wird, sitzen auch Gewerkschaftsvertreter in der Jury. Ex-E.ON-Chef Wulf Bernotat, der Sprecher des Initiativkreises, betont: „Es ist weltweit einmalig, dass ein so großes Gebiet im Bestand umgebaut wird. Wir wollen, dass NRW Energieland Nummer eins bleibt.“ Es gehe nicht zuletzt darum, die Lösungen und Produkte, die in der Innovation City entwickelt werden, international zu vermarkten.

Eine ganze Reihe von Kriterien wie eine Mindestquote industrieller Arbeitsplätze galt es für die Kommunen bei ihren Bewerbungen zu berücksichtigen, damit das ausgewählte Gebiet mög-

lichst typisch für das Ruhrgebiet ist und Pilotcharakter für den Umbau der gesamten Region haben kann. Alle fünf Finalisten setzen auf einen Mix aus Zukunftsenergien von Wasserstoff über Biomasse und Geothermie, Fotovoltaik und Windenergie. Auch Elektromobilität, seit geraumer Zeit im Ruhrgebiet auf dem Vormarsch, taucht in allen Konzepten auf.

Bis zum Jahr 2020 wird die Innovation City realisiert. In dieser Zeit sollen 2,5 Milliarden Euro an Fördermitteln und privaten Investitionen, vor allem durch die Immobilienbesitzer, fließen. Die Hälfte davon ist für energetische Maßnahmen vorgesehen, die andere Hälfte für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bewohner. Projektträger sind der Initiativkreis Ruhr und das Land NRW. Das Land beteiligt sich mit einer Anschubfinanzierung von 500.000 Euro zur Gründung einer gemeinsamen Projektgesellschaft. Der Politologe und Leiter des Essener Kulturwissenschaftlichen Instituts, Claus Leggewie, bescheinigt dem Projekt hohes Innovationspotenzial: „Nirgendwo ist vor Ort solch wirtschaftliches und wissenschaftliches Know-how gebündelt wie in der Ruhrregion, dem Zentrum der deutschen Energiewirtschaft.“

BARBARA UNDERBERG

► sondern über Banken abgewickelt werden. Und die haben ihre Kunden häufig nicht auf die Förderprogramme hingewiesen. Zum anderen ist eine reine Zinsvergünstigung für private Kreditnehmer oft nicht attraktiv. Das Bündnis für Arbeit und Umwelt hat sich deshalb starkgemacht, auch Zuschüsse und Restschulderlasse in das Förderprogramm aufzunehmen. „Dafür mussten wir jahrelang kämpfen“, so Schneider. Seit 2005 gibt es das.

GESTECKTE ZIELE ERREICHT_ Die Kurve ging danach steil nach oben. 2006 wurden mehr Mittel abgerufen als überhaupt zur Verfügung standen. Seither werden auch die quantitativen Ziele erreicht, die sich das Bündnis für Arbeit und Umwelt gesteckt hatte. Zu den 1,4 Milliarden Euro Förderung pro Jahr kam für die Jahre 2009 bis 2011 durch das Konjunkturpaket I jeweils eine weitere Milliarde dazu. Die Zahlen belegen den Erfolg: 2009 wurden 617 000 Wohneinheiten energetisch saniert, 292 000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert sowie knapp 1,5 Millionen Tonnen CO₂ gespart.

Martin Mathes von der IG BAU weist auf weitere qualitative Effekte hin: „Für uns ist das auch eine Chance, aus einem reinen Kostenwettbewerb in der Baubranche herauszukommen und stärker auf einen Qualitätswettbewerb in einem Zukunftsmarkt zu setzen.“ Parallel zur Initiative in Deutschland konnte der DGB erreichen, dass die energetische Gebäudesanierung in das Programm der Bundesregierung für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 aufgenommen wurde. Ebenso wurde sie integriert in den Aktionsplan für Energieeffizienz der Europäischen Kommission.

„MEHRFACH-DIVIDENDE“ BEDROHT_ Die derzeit von der Regierung geplante Kürzung der Mittel für die CO₂-Gebäudesanierung um fünf Sechstel ist laut Werner Schneider ein Absturz. Aber er ist zuversichtlich, dass das Sparpaket anders aus der parlamentarischen Beratung herauskommt als es hineingeht: „Beim Bündnis für Arbeit und Umwelt gab es immer einen überparteilichen Konsens. Die CDU unterstützt die Gebäudesanierung genauso stark wie die SPD. Das hilft jetzt vielleicht.“ Martin Mathes verweist auf den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung: „Dort steht, die derzeitige Sanierungsquote soll gesteigert werden. Mit der Beschneidung der Förderung macht sie genau das Gegenteil.“

Neben den zinsgünstigen KfW-Krediten für die CO₂-Sanierung öffentlicher Gebäude fordert die IG BAU hierfür direkte Zuschüsse aus Landes- und Bundesmitteln, da Kommunen in schwieriger Haushaltslage die Kreditprogramme häufig nicht in Anspruch nehmen können. Zwei Studien aus dem Jahr 2009 im Auftrag der KfW zeigen, dass die CO₂-Gebäudesanierung einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutzziel der Bundesregierung sowie zur Stärkung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes leistet.

Das Forschungszentrum Jülich hat die CO₂-Vermeidungskosten und die Kosten des Gebäudesanierungsprogramms für den Bundeshaushalt untersucht. Die Studie stellt fest: Das Programm „führt für die Förderjahre 2005 bis 2007 zu erheblichen Einsparungen an Energie und CO₂-Emissionen und löst auch

einen spürbaren Beschäftigungsbedarf aus.“ Und weiter: „Auch unter Berücksichtigung der Programmkosten rentiert sich das Programm für den Staat durch den Steuer- und Abgabenrückfluss der Investoren und der Unternehmen sowie über die Beschäftigungsimpulse am Arbeitsmarkt.“ Die Forscher sprechen dem Gebäudesanierungsprogramm daher eine „Mehrfach-Dividende“ zu. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Bremer Energie Institut. Die relative Treibhausgas-Emissionsminderung durch Energieeinsparung und Energieträgerwechsel betrage für das Jahr 2008 mit etwa 1530 Gigawattstunden rund 58 Prozent. „Voraussichtlich werden die Förderfälle der Jahre 2005 bis 2008 bis zum Ende des Jahres 2009 eine kumulierte Heizkostensparnis von mehr als 950 Millionen Euro verzeichnen können“, heißt es in der Bremer Studie. Außerdem seien die Beschäftigungseffekte beachtlich.

DGB FORDERT GREEN NEW DEAL_ Bereits für 2010 hat die Bundesregierung jedoch die bisherigen Fördermittel für die CO₂-Gebäudesanierung halbiert. Dagegen fordert der DGB-Vorsitzende eine langfristige Verstetigung der Förderung in Höhe der im Jahr 2009 erreichten 2,4 Milliarden Euro. Im Juni wandten sich IG BAU und BUND in einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Merkel: „Die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hoch effizient, da ein Förder-Euro ein Vielfaches an privatem Kapital zu Investitionszwecken mobilisiert.“

Besonders für kleine und mittlere Handwerksbetriebe brächten die Programme Beschäftigungsimpulse. IG-BAU-Experte Mathes bekräftigt, dass für diese mindestens eine mittelfristige Perspektive wichtig sei: „Betriebliche Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen müssen planbar sein.“ DGB und Gewerkschaften werden sich im Herbst weiter gegen die Kürzungspläne stemmen. Doch damit nicht genug. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai wurde ein „Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit“ gefordert, das die Grundlagen für einen „Green New Deal“ entwickeln soll. ■